

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 033 | 26.5.2023

Heizungspläne der Bundesregierung stoppen! Wärmewende technologieoffen und sozial verträglich neu starten

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die CDU-geführte Bundesregierung hatte im **Klimaschutzgesetz** festgelegt: Bis 2045 werden wir Treibhausgasneutralität erreichen. Dafür hatten wir klimafreundliches Heizen und eine technologieoffene und sozial verträgliche Wärmewende vorgesehen.

Aber: **So es wie es die Ampel vorschlägt, funktioniert es nicht.** Wir wollen kein Heizungsverbotsgesetz. Das Chaos der Ampel schadet der Akzeptanz für den Klimaschutz. Koalitionspartner werfen einander Wortbruch vor, wir erleben Führungslosigkeit und Durcheinander in der SPD-geführten Bundesregierung.

Die Wärmewende muss für die Menschen und Handwerksbetriebe mach- und leistbar sein. Wir brauchen echte Technologieoffenheit und wollen dafür die Potentiale aller klimafreundlicher Heizlösungen nutzen. Diese Technologieoffenheit muss von einer transparenten und sozial gestaffelten Förderkulisse flankiert werden. Hier hat die Bundesregierung viel Vertrauen verspielt: Der Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde ohne Förderkulisse vorgestellt.

Förderprogramme wurden im letzten Jahr mehrfach gestoppt, geändert, gekürzt. Erforderlich wäre aber Planungssicherheit für Mieter, Eigentümer, Handwerker und Industrie. Die selbst ernannte „Fortschrittskoalition“ hat für die Wärmewende bislang nur Rückschritte gebracht.

Wir wollen ein Ende der Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen eine Wärmewende, die mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingt. Einseitig auf die Wärmepumpe zu setzen, führt in die energiepolitische Sackgasse. Wir brauchen neben der Wärmepumpe die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wasserstoff über Holzpellets bis zu Wärmenetzen.

Die Wärmewende wird nur dann zum Erfolg, wenn sie für jedes Haus die individuell beste Lösung ermöglicht. Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung.

Hier ist der Link zur „Aktuellen Stunde“ am Mittwoch im Bundestag: [KLICK](#)



Die Ampel-Bundesregierung hat einen Referentenentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt. Im Kern will sie die Anforderungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich absenken. Die wesentlichen Punkte umfassen:

- Änderungen bei den Anforderungen an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts.

Künftig soll gelten: Die betreffende Person muss zwar in Vollzeit erwerbstätig sein und dies innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 20 Monate lang gewesen sein. Eine Aufstockung mit Sozialleistungen wird hier jedoch anerkannt. Bei Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern, die mit diesen Personen und einem minderjährigen Kind in familiärer Gemeinschaft lebt, soll es gar nicht auf die eigene Lebensunterhaltssicherung ankommen.

- Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit bis zur Antragstellung auf die deutsche Staatsbürgerschaft auf in der Regel 5 Jahre (bisher 8). Bei „besonderen Integrationsleistungen“ soll sich der Zeitraum auf 3 Jahre verkürzen (bisher 6).
- Deutschkenntnisse:
Wenn „trotz ernsthafter und nachhaltiger Bemühungen“ der Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse „nicht möglich oder dauerhaft wesentlich erschwert“ ist, dann wird auf schriftliche Deutschkenntnisse und den Einbürgerungstest verzichtet.
- Ersetzung des Erfordernisses „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ durch zwei definierte Ausschluss-Fälle:

Wenn der ausländische Staatsangehörige gleichzeitig mit mehreren Ehegatten verheiratet ist *oder* „durch sein Verhalten [zeigt], dass er die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet“.

- Generelles Zulassen des Doppelpasses und Abschaffung der Optionspflicht.

Wir freuen uns, wenn Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach gelungener Integration eingebürgert werden möchten. Bei erfolgreicher Integration ist geregelte Zuwanderung eine große Bereicherung für Deutschland.

Der Gesetzentwurf der Ampel-Regierung genügt diesem Anspruch – Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration – jedoch nicht.

Insbesondere folgende Punkte sehen wir kritisch:

- Die Änderungen bei der Lebensunterhaltssicherung verringern zum Teil den Anreiz zur Arbeit. Wir sind der Überzeugung: Arbeit ist ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche Integration und das „Ankommen“ in Deutschland.
- Die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit sehen wir kritisch. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Integrationsanreiz. Echte Integration braucht Zeit. **Die Einbürgerung sollte erst am Ende eines Integrationsprozesses geschehen.** Mit den derzeitigen Fristen (grundsätzlich 8 Jahre, bei besonderen Integrationsleistungen 6 Jahre) besteht ein angemessener Zeitrahmen.

- Den generellen Doppelpass sehen wir kritisch. Zwar verstehen wir sehr gut, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft Bindungen an mehrere Staaten haben und diese Bindung auch in Form einer weiteren Staatsangehörigkeit bewahren möchten. Dennoch sind wir überzeugt, dass in der Abwägung die Nachteile überwiegen. Der Doppelpass verstärkt die politischen Einflussmöglichkeiten ausländischer Staaten in Deutschland, verkürzt den diplomatischen Schutz für Deutsche im Ausland (z.B. Fall Deniz Yücel) und ist auch in der EU ein Problem, weil faktisch ein mehrfaches Wahlrecht entsteht. Zudem gibt es bereits zahlreiche Ausnahmen (z.B. für EU-Bürger, anerkannte Flüchtlinge oder wenn der Herkunftsstaat nicht aus der Staatsangehörigkeit entlässt).

Erneute Verschiebung der Nationalen Sicherheitsstrategie

Eigentlich wollte die Bundesregierung die Nationale Sicherheitsstrategie am Mittwoch im Kabinett beschließen. Die zuständigen Bundesminister sollten unmittelbar im Anschluss in den Ausschüssen des Bundestags die Strategie vorstellen.

Diese Pläne sind nun – erneut – abgesagt. Wieder einmal konnte sich die Ampel nicht einigen, wieder einmal hat die Bundesregierung den selbst gesetzten Zeitplan gerissen. Der Bundeskanzler lässt Führung in dieser strategischen Frage vollständig vermissen – ein Muster, das wir leider auch in anderen wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Zusammenhängen bereits kennen.

So fuhr der Bundeskanzler nach Hiroshima zum G7-Gipfel, ohne eine Nationale Sicherheitsstrategie, ohne eine China-Strategie.

In dieser Woche bringen wir unseren [Antrag](#)

Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band stärken – Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten

ein und debattieren ihn im Plenum. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft können das Grundgesetz als unsere Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band starke Integrations- und Identifikationspotentiale zum Wohle von Staat und Gesellschaft entfalten. Diese Potentiale sollten auf keinen Fall den gesellschaftlichen Rändern überlassen werden. Patriotismus trägt zudem zum Erhalt und zur Stabilisierung unseres Gemeinwesens bei.



Unsere zentrale Forderung ist, den „**Tag des Grundgesetzes**“ – den 23. Mai – als jährlichen nationalen Gedenktag einzuführen.

In abschließender zweiter und dritter Lesung haben wir unseren [Entwurf](#) für ein

Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen

Beraten. Trotz der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sind wir noch nicht so schnell, wie es nötig wäre.

Das liegt insbesondere daran, dass Änderungen an Bundesfernstraßen in der Regel planfeststellungsbedürftig sind und die Bauarbeiten viel Zeit in Anspruch nehmen. Das Verfahren wird zudem durch die (unionsrechtlich) vorgegebene Umweltverträglichkeitsprüfung verlängert. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf für eine Beschleunigung der Sanierung von modernisierungsbedürftigen Bundesfernstraßen ist deshalb nach wie vor groß. Aufgrund vieler sanierungsbedürftigen Autobahnbrücken ist ein Anstieg von Streckensperrungen zu erwarten.

Ziel des Gesetzes ist, das Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen, als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist, und so zu einer zügigen Sanierung und Instandhaltung der Bundesfernstraßen zu gelangen.

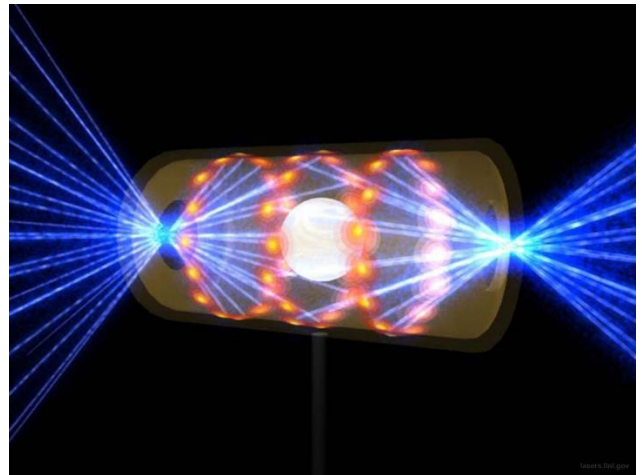
Ampel 🚦 : **abgelehnt!**

Stärkung der Fusionsforschung auf Weltklasseniveau

Wir brauchen jetzt eine breite öffentliche Debatte über die Chancen der Fusionsenergie und eine Positionsbestimmung für eine künftige Nutzung von Fusionstechnologie in Deutschland.

In den letzten Monaten und Jahres war die Debatte in Deutschland stets vom Ausschließen bestimmter Energiequellen beherrscht. Wir müssen jetzt aber darüber reden, welche Energiequellen wir in der Zukunft nutzen wollen.

Aus unserer Sicht ist die Fusionstechnologie durchgehend positiv zu bewerten. Wir wollen über die langfristigen Anwendungspotenziale und die dafür bereits kurzfristig notwendigen Entscheidungen für die Fusionsforschung sprechen.



Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, eine Strategie für die Nutzbarmachung von Fusionsenergie in Deutschland auf international wettbewerbsfähigem Niveau zu erarbeiten und in diesem Rahmen ein klares Bekenntnis zur Fusionsenergie abzugeben; einen Vorschlag für eine innovationsfreundliche Regulierung des Einsatzes von Fusionstechnologie zu erarbeiten und den Bau von zwei Fusionsreaktoren mit konkurrierender Technik in Deutschland zu beauftragen.

Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Long- und Post-COVID sowie Post-Vac-Syndrom jetzt verbessern – Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen

Über drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie und dem mittlerweile erfolgten Übergang in die endemische Phase leiden immer noch zahlreiche Menschen in unserem Land an den direkten und indirekten Folgen.

Vor diesem Hintergrund fordern wir mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, Maßnahmen für eine bessere Behandlung, Versorgung sowie Forschung und Aufklärung.

Bild der Woche



Endlich konnte ich mal wieder Französisch sprechen: Radio France bat zum Interview zum umstrittenen Vorhaben der Ampel-Koalition beim Gebäudeenergiegesetz.

„Witz“ der Woche

Eine „Kleine Anfrage“ ist ein gutes Mittel, um als Opposition von der Bundesregierung zu einem konkreten Thema Informationen zu bekommen. [Meine erste „Kleine Anfrage“](#) ist gestellt, zum Thema: „Externe Beratungsdienstleistungen der aktuellen Bundesregierung“.

Grundsätzlich hat die Bundesregierung 14 Tage Zeit für die Beantwortung der Anfrage; diese Frist wäre am Mittwoch abgelaufen. Doch bei so komplexen Anfragen, die alle Ministerien betreffen, gewährt man gerne eine Fristverlängerung: Die Antworten sollen ja auch gut recherchiert werden und informativ ausfallen.

Fast vom Stuhl gefallen bin ich jedoch, als ich die Frist hörte, um die das Bundesfinanzministerium gebeten hatte: Bis zum 5. Oktober (!) wollte sich das BMF (mit insgesamt 2.000 Mitarbeitern) Zeit lassen. Das grenzt fast an Arbeitsverweigerung.

Wir haben uns auf den 5. Juli geeinigt...

Video der Woche



schadet Deutschland!

In meinem „Video der Woche“ beschäftige ich mich diesmal mit dem besorgniserregenden Erscheinungsbild der Bundesregierung. Die aktuelle Performance nützt nicht nur nicht – sie

[KLICK](#)

Zitat der Woche

«Wir erleben seit Tagen nicht nur in dieser einen Frage, sondern in allen politischen Fragen, dass Sie sich nicht einigen können. Das stellt mittlerweile eine Standortgefahr für die Bundesrepublik Deutschland dar.

Stress, Selbstbeschäftigung, Chaos, Blockade, auf dem Weg in die Regierungsunfähigkeit – das ist der Zustand der Koalition.

Krieg in Europa, Rekordinflation, Migrationskrise, ein Land auf dem Weg in die Stagflation und kollektiv schlechte Stimmung – das sind die Themen der Bürger.

Da fragt man sich – übrigens auch heute –: Wo ist eigentlich der Kanzler?!»

Der Stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Jens Spahn** am Mittwoch, 24.5.2023 in der „Aktuellen Stunde“ zu den Heizungsplänen der Bundesregierung.

Zu guter Letzt 😊

